Landeshauptstadt
München
**Referat für Stadtplanung
und Bauordnung**

**Prof. Dr. (Univ. Florenz)
Elisabeth Merk**
Stadtbaurätin

Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Blumenstr. 28 b, 80331 München

Herrn
Reinhard Sachsinger

Per E-Mail:
reinhard.sachsinger@gmx.de

04.10.2021

Offener Brief an die Vertreter der LHST München vom Übergreifenden Bündnis München Nord

Sehr geehrter Herr Uhl, sehr geehrter Herr Sachsinger, sehr geehrte Frau Kennerknecht, sehr geehrter Herr Zech, sehr geehrter Herr Dorsch, sehr geehrter Herr Paulus,

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 10.08.2021. Herr Oberbürgermeister hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung gebeten, Ihnen direkt zu antworten.

Zunächst einmal Dank zurück: Denn bei unserem Engagement für das Wohlergehen der Stadt München benötigen wir Mitstreiter*innen, und die finden sich in Initiativen wie der Ihren. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es aber auch, einen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessenlagen zu finden. Was bei Ihrem konkreten Anliegen bedeutet: den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden und gleichzeitig die soziale Balance der Stadt sowie die berechtigten Interessen der Bürger*innen im Auge zu behalten. Dazu zählt auch der sehr existenzielle Wunsch nach Wohnraum. Lassen Sie mich Ihnen versichern:
„Bauen um jeden Preis" wird in München nicht praktiziert, und auch von angeblich „gigantischen Bauprojekten" im Münchner Norden kann keine Rede sein. Die Planung steht erst ganz am Anfang.
Was wir aber berücksichtigen müssen: Nach den bislang vorliegenden Erkenntnissen wächst München auch in den kommenden Jahren und daher wird weiterhin ein forcierter Wohnungsbau erforderlich sein. Der boomende Wirtschaftsraum zieht nach wie vor viele Menschen an und nach allen Prognosen wurde diese Entwicklung durch die Pandemie lediglich verzögert. Das Grundgesetz garantiert bekanntlich Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet, und das gilt natürlich auch für München. Wir können und wollen nicht Stadtmauern errichten, um Zuzügler*innen abzuwehren. Dies wäre übrigens auch aus sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen nicht wünschenswert. Es ist allerdings auch nicht korrekt, dass das Rathaus oder die Stadtverwaltung Arbeitsplätze und Neubürger aktiv „ansiedeln". Die siedeln sich von selbst an, und Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, dafür faire und sozial ausgewogene Rahmenbedingungen zu schaffen.
Der Verzicht auf jeglichen Wohnungsbau kann dafür keine Lösung sein. Die von Ihnen

Blumenstraße 28b
80331 München
Telefax: (089) 233 - 27888
E-Mail: s.plan@muenchen.de

attestierte „Verödung“ ländlicher Regionen lässt sich nur durch regionale Fördermaßnahmen bekämpfen. Diese Aufgabe ist nicht im Münchner Rathaus angesiedelt. Zudem sind aus der Perspektive des Klimaschutzes verdichtete und urbane Wohnformen in der Großstadt im Vergleich zur Zersiedelung ländlicher Gebiete zu bevorzugen. Sie beanspruchen weniger Fläche und verursachen weniger Verkehr.

Der Verzicht auf weiteren Wohnungsbau hätte vor allem eines zur Folge: eine gravierende Verknappung des Wohnungsangebots (von dem nicht nur Neu-Münchner*innen, sondern z.B. auch Ihre Kinder und Enkel betroffen sein werden; München wächst auch aus sich selbst heraus). Und damit stark steigende Mieten und Immobilienpreise, die die angestammte Bevölkerung verdrängen und München nur noch für Reiche erschwinglich machen. München benötigt bezahlbaren Wohnraum und soziale Sicherheit für seine Einwohner*innen. Dies geschieht durch den Schutz vorhandener Mietverhältnisse, aber auch durch den Bau neuer Wohnungen. Dabei spielen Kriterien des Klimaschutzes eine tragende Rolle, sie werden aktuell als feste Bestandteile in die Bauleitplanung implementiert. München wird seiner Rolle als verantwortungsbewusste Kommune im Geiste des Pariser Klimaschutzabkommens gerecht.

Ich stimme Ihnen zu, dass München aktuell große Investitionen in die Infrastruktur stemmen muss. Keinen Anlass sehe ich allerdings für Ihre Behauptung, die laufenden Kosten für die Aufrechterhaltung der bestehenden Infrastruktur seien nicht gesichert. Ich denke, die Vielzahl an Baustellen belegt das große Engagement in eine funktionsfähige und moderne Infrastruktur. Bei Neubaugebieten hilft uns dabei das bewährte Prinzip der Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN), das gerade erst reformiert und dabei noch leistungsfähiger gemacht wurde.
Erlauben Sie mir noch einige Hinweise zum Sachstand im Münchner Norden. Die Planungen sind derzeit keineswegs so konkret, wie Sie anführen. Um über die Durchführbarkeit und Finanzierbarkeit einer solchen Entwicklungsmaßnahme überhaupt erst entscheiden zu können, sind planerische Untersuchungen, Bestandsaufnahmen und Analysen zu Themen wie Landwirtschaft, Landschaft und Umwelt, Verkehr und Siedlungsentwicklung notwendig. Diese sind zum Teil bereits beauftragt und werden bearbeitet. Daneben werden auch rechtliche und wirtschaftliche Auswirkungen untersucht (Kosten für Verkehrserschließung, Grünflächen und soziale Infrastruktur) sowie ein Vorschlag für eine gerechte Lastenverteilung mit allen Eigentümer*innen. Diese Untersuchungen sollen 2024 abgeschlossen sein und darauf basierend eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Erst anhand dieser wird der Stadtrat darüber entscheiden, ob die Pläne weiter verfolgt werden sollen.

Insofern ist es sinnvoll, die laufenden Untersuchungen weiterzuführen und abzuschließen. Ich hoffe, ich konnte damit Ihre Fragen klären und bedanke mich für Ihr engagiertes Interesse und Ihre Mitwirkung an den Entwicklungen in unserer Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

E. Merk

Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk
Stadtbaurätin